

II- 83 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 7. Dez. 1971      No. 70/7

Anfrage

der Abgeordneten REGENSBURGER, HUBER, WESTREICHEN, WETTERER, WILDERER,  
 und Genossen D. KEMEL DR. LANNER  
 an den Bundesminister für Verkehr  
 betreffend die Verrechnung der Schülerfreifahrten mit den  
 Gemeinden

Mit der Einführung der Schülerfreifahrten erwarten sich auch jene Gemeinden, die bisher zu den Monatskarten der Schüler Pauschalbeträge an die Post leisten mußten, da nach einer Aufstellung der Post der eingesetzte Omnibus nicht voll ausgelastet war, die Einrechnung dieser Pauschalbeträge in den monatlich pro Schüler zur Verfügung stehenden Höchstsatz von S 260,--. Die Gemeinden waren gezwungen, gewisse Pauschalsätze an die Post zu leisten, damit der Schülerbus überhaupt zum Einsatz kommen kann.

Die von der Bezirkshauptmannschaft Lienz mit dem Postverkehrsbüro Lienz geführten Gespräche ergaben jedoch, daß seitens des Bundes nur jene Kosten vergütet werden, die für die jeweilige Monatskarte anfallen würden, die Pauschalkosten der Gemeinden jedoch weiterhin von diesen zu tragen wären, dies auch für den Fall, daß der Betrag von S 260,-- nicht erreicht wird. Diese Haltung der Postdienststellen führt dazu, daß jene Gemeinden, die am weitesten von einem Schulstandort entfernt sind, auch weiterhin zu einer zusätzlichen Kostentragung herangezogen werden.

Es konnte auch festgestellt werden, daß die durch die Post und Bundesbahn eingesetzten Omnibusse sehr stark überfüllt sind, zum Teil sollen sich in einzelnen Omnibussen bis zu 80 Kinder befinden. Eine solche Überfüllung der Omnibusse wurde bekannt auf den Strecken Obertilliach - Kartitsch - Sillian, St. Jakob i.D. - Huben - Matrei i. O. und Huben - Lienz, und NAWERS.

Eine Intervention beim zuständigen Postverkehrsbüro ergab, daß dieser Dienststelle keine weiteren Omnibusse zur Verfügung stehen und daher derzeit ein Abstellen dieses sicherlich vorhandenen Übelstandes nicht möglich ist.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn  
Bundesminister für Verkehr die

Anfrage:

- 1.) Sehen Sie, Herr Minister, eine Möglichkeit, die von der Post geforderten Pauschalbeträge für die Beförderung von Schülern zu erlassen?
- 2.) Werden Sie veranlassen, daß ausreichend eine größere Anzahl von Omnibussen eingesetzt wird, um zu vermeiden, daß einzelne Busse bei der Beförderung von Schülern mit bis zu 80 Jugendlichen besetzt werden?